Stadt Diepholz
Der Bürgermeister

Protokoll

über die

Sitzung des Rates der Stadt Diepholz

Sitzungstermin: Donnerstag, den 07.12.2023

Sitzungsbeginn: 17:01 Uhr

Sitzungsende: 19:28 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal

Tagesordnung:

1 .	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung	
2 .	Einwohnerfragestunde	
3 .	Genehmigung des letzten Protokolls - öffentlicher Teil	
4 .	Bericht der Verwaltung	
5 .	Vereinbarung über die Heranziehung der kreisangehörigen Kommunen zur Durchführung der dem Landkreis Diepholz obliegenden Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz	**SV/FD2/037/2023**
6 .	Vertrag zur Übernahme von Leistungen im Rahmen der Unterbringung von Wohnungslosen in der Übernachtungsstelle "RastHaus"	**SV/FD2/038/2023**
7 .	Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bereich "Am Pohl" / Lüderstraße - Antrag der SPD-Fraktion vom 09.10.2023	**SV/FD3/103/2023**
8 .	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024	**SV/FD1/052/2023**
9 .	Erlass der Haushaltssatzung 2024 einschließlich der Feststellung des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2023 - 2027	**SV/FD1/054/2023**
10 .	Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans der Stadt Diepholz - Statistische Analyse und Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung	**SV/FD3/098/2023**
11 .	Zukünftige medizinische Versorgungsangebote - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2023	**SV/FD1/048/2023**
12 .	Fortsetzung der Einwohnerfragestunde	

Anwesende Mitglieder

Frau Katharina Korte	Protokollführung
Herr Andreas Strümpler	Kämmerer
Herr Florian Marré	Bürgermeister
Frau Jolanta Malan	CDU/FDP-Gruppe
Herr Lars Mester	CDU/FDP-Gruppe

Herr Marcel Scharrelmann	CDU/FDP-Gruppe
Frau Sandra Huntemann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Ralf Müller	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Paradiek	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinfried Sudmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinrich Buck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Gerhard Friedrichs	CDU/FDP-Gruppe
Herr Stephan Goetz	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mark Kürble	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heino Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mathis Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Reckmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mark Schier	CDU/FDP-Gruppe
Herr Manfred Albers	SPD-Fraktion
Frau Dagmar Brinkmann	SPD-Fraktion
Herr Ingo Estermann	SPD-Fraktion
Herr Ralf Evers	SPD-Fraktion
Herr Ralf Jacobsen	SPD-Fraktion
Frau Sonja Syrnik	SPD-Fraktion
Herr Joel Hoff	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bettina Kuhlmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Veysi Savga	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dagmar Trümpler	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Alfons Muhle	AfD
Herr Peter Parizsky	DIE LINKE
Herr Michael Klumpe	Fachdienstleiter 1
Herr Sebastian Dornieden	Fachdienstleiter 3

Abwesende Mitglieder:

Herr Christian Brebeck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Andreas Meine	SPD-Fraktion
Frau Marta Sickinger	SPD-Fraktion
Frau Ljiljana Zeisler	SPD-Fraktion
Frau Petra Hage	Fachdienstleiterin 2

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

RV Malan eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ratsmitglieder sowie Gäste im Zuschauerraum.

RV Malan gratuliert den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

FDL Klumpe erklärt, dass es einen Änderungsantrag für den nicht öffentlichen Teil des Ratsprotokolls vom 21.09.2023 gebe. Damit dies ordnungsgemäß vollzogen werde, werde die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil um die Genehmigung des letzten Protokolls ergänzt.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Herr Bernhard Schwering stellt sich vor. Er erkundigt sich, warum BM Florian Marré nicht am Fachausschuss Finanzen und Wirtschaft teilgenommen habe.

BM Marré erläutert, dass die übliche Praxis in den Fachausschüssen darin bestehe, dass sie von den Fachdienstleitern betreut würden. Anschließend werde das Protokoll vom BM unterzeichnet.

Herr Schwering fragt weiter, warum die Stadt Diepholz keinen Volljuristen mit Befähigung zum Richter beschäftige.

BM Marré antwortet, dass dies für eine Stadt dieser Größe eher unüblich sei und zudem der Stellenplan nicht zulasse.

zu 3 Genehmigung des letzten Protokolls - öffentlicher Teil

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung des Rates der Stadt Diepholz vom 21.09.2023 wird genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Es werden keine Punkte behandelt.

zu 5 Vereinbarung über die Heranziehung der kreisangehörigen Kommunen zur Durchführung der dem Landkreis Diepholz obliegenden Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz
Vorlage: SV/FD2/037/2023

BM Marré erklärt, dass die Vorlage bereits im Fachausschuss „Ordnung, Markt, Soziales, Sport und Kultur“ diskutiert worden sei. Er führt aus, dass diese Aufgabe bereits durch Heranziehung seit 1982 von der Stadt Diepholz wahrgenommen werde. Man wolle ebenfalls eine gestaffelte Kreisumlage umgehen. Mit der vorliegenden Vereinbarung soll eine Rechtssicherheit geschaffen werden. BM Marré erläutert, dass er die Hinterfragung der Heranziehung für richtig halte, jedoch komme der Antrag zu kurzfristig. Es sei wichtig, gegenüber dem Landkreis und den anderen Kommunen Verlässlichkeit zu wahren.

RH Estermann erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage mehrheitlich nicht zustimme. Dies begründet er mit der angespannten Finanzlage der Stadt Diepholz. Er betont, dass es Diskussionsbedarf gebe und man sorgfältig prüfen müsse, wofür genau Geld ausgegeben werde. Die SPD-Fraktion würde keiner Vereinbarung zustimmen, die den Passus enthalte, dass es keine Erstattung für Personalkosten und Sachkosten gebe. RH Estermann persönlich würde sich enthalten, schlägt jedoch vor, dass man eine Gesprächsstrategie entwickeln müsse, um das Thema angemessen zu behandeln. Dabei müsse auch das Thema der Kinderbetreuungskosten berücksichtigt werden.

RH Scharrelmann erläutert, dass es wichtig sei, sich als Kommune regelmäßig zu hinterfragen. Gleichzeitig, solle man gegenüber den anliegenden Kommunen und den Landkreis verlässlich sein. Die HVB-Runde sei ein Gremium, die dieses Thema angehen könne. Es gehe ihm unterm Strich um Verlässlichkeit. Bei gestiegenen Kinderbetreuungskosten müsse man sich jedoch erneut intensiver austauschen. Die CDU-FEDP-Gruppe stimmt der Vorlage zu.

RH Albers entgegnet, dass die Vorlage der Verwaltung klar darlege, dass es keine rechtliche Grundlage zum Einbezug der Gemeinden gebe. Er sei interessiert, wie man diesen Prozess im kommenden Jahr gemeinsam betreiben könne, um die Aufgaben in voller Verantwortung wahrzunehmen.

RH Gerhard Friedrichs betritt den Ratssaal um 17:15 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 18 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

> Der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Diepholz und den Städten Syke, Bassum, Twistringen, Sulingen und Diepholz, der Gemeinde Wagenfeld und den Samtgemeinden Bruchhausen-Vilsen, Schwaförden, Siedenburg, Barnstorf, Kirchdorf, Rehden und Altes Amt Lemförde über die Heranziehung der kreisangehörigen Kommunen zur Durchführung der dem Landkreis Diepholz obliegenden Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856) in der aktuellen Fassung wird zugestimmt und zur Unterschrift freigegeben.

zu 6 Vertrag zur Übernahme von Leistungen im Rahmen der Unterbringung von Wohnungslosen in der Übernachtungsstelle "RastHaus"
Vorlage: SV/FD2/038/2023

RH Albers erklärt, dass die SPD-Fraktion erfreut sei, dass die Stadt Diepholz diese Aufgabe engagiert erfülle. Es sei wichtig, der Obdachlosigkeit entgegenzutreten. Gleichzeitig müsse jedoch die Wahrnehmung dieser Aufgabe genauer betrachtet werden. Für die SPD-Fraktion sei es nicht nachvollziehbar, dass der Landkreis sich der Aufgabe entziehe. Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

> Mit dem Caritasverband für die Landkreise Diepholz und Nienburg links der Weser als Träger der Übernachtungsstelle „RastHaus“ wird der Vertrag zur Übernahme von Leistungen im Rahmen der Unterbringung von Wohnungslosen in der Übernachtungsstelle „RastHaus“ in der Stadt Diepholz in der Form des in der Anlage beigefügten Entwurfs geschlossen. Die Höhe des Zuschusses wird auf einen Betrag von maximal 10.000 € pro Jahr gedeckelt.

zu 7 Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bereich "Am Pohl" / Lüderstraße - Antrag der SPD-Fraktion vom 09.10.2023 Vorlage: SV/FD3/103/2023

RH Albers erörtert dien Antrag der SPD-Fraktion. Schon zu Zeiten des Neuausbaus der Lüderstraße habe sich in dem Bereich „Am Pohl“/Lüderstraße die Sicherheit und Führung des Radverkehrs als besondere Herausforderung dargestellt. Inzwischen habe sich die Situation grundlegend geändert, da der Verkehr zugenommen habe. Durch den ausgeweiteten Betrieb der stationären Altenpflegeeinrichtung „St. Josef“ an der Steinstraße sei zudem ein verstärkter Berufsverkehr im Umfeld der Einrichtung entstanden. Für Besucherinnen und Besucher der Einrichtung der Caritas gestalte sich das Erreichen und Verlassen oft als Problem, ebenso wie das Vorhaben mit ihren Angehörigen die nahe Innenstadt oder den Müntepark aufzusuchen. Die Querung der Steinstraße, insbesondere mit Rollstuhl oder Rollator, sei aufgrund des hohen Verkehrsaufkommen und der gefahrenen Geschwindigkeiten der Kfz oft nicht sicher möglich.

RH Parizsky stimmt RH Albers zu.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Die Stadt Diepholz erhöht die Verkehrssicherheit im Bereich „Am Pohl“/ Lüderstraße. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, vor allem folgende für die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer wichtigen Maßnahmen zu prüfen und wo rechtlich möglich umzusetzen.

1. Ausweitung der verkehrsbehördlichen Anordnung 30 km (Verkehrszeichen 274-30 „Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“) im Zuge der Lüderstraße bis über den Pohl hinaus bis zum Beginn der Flöthestraße- Die Verwaltung wird gebeten die Maßnahme rechtlich und wenn möglich umzusetzen.
2. Im Bereich der Querungshilfe Steinstraße und Höhe der Häuser Steinstraße Nr. 16 und Nr. 19 soll ein Fußgängerüberweg eingerichtet werden.
3. Die mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Kosten sind zu ermitteln und dem Haushaltsplan 2023 zur Verfügung zu stellen.

zu 8 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: SV/FD1/052/2023

FDL Klumpe gibt einen Hinweis zum Verfahren zur Herstellung des Benehmens. Er teilt mit, dass sowohl die Gleichstellungsbeauftragte als auch der Personalrat der Vorlage zugestimmt haben.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

> Der Rat stellt den gemäß § 107 Abs. 3 NKomVG nach den Vorgaben des § 5 KomHKVO erstellten Stellenplan der Stadt Diepholz für das Haushaltsjahr 2024 als Bestandteil des mit der Haushaltssatzung 2024 beschlossenen Haushaltsplans (§ 1 (1) Nr. 4 KomHKVO) in der Fassung des anliegenden Entwurfs fest.

zu 9 Erlass der Haushaltssatzung 2024 einschließlich der Feststellung des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2023 - 2027
Vorlage: SV/FD1/054/2023

BM Marré erklärt einleitend, dass die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2024 mehr als herausfordernd gewesen seien. Steigende Kosten, zusätzliche Aufgaben und vermehrte Ausgaben hätten die Haushaltsplanung beeinträchtigt, was zu einem deutlichen Defizit geführt habe.
BM Marré stellt fest, dass die gemeindlichen Haushalte nicht nur gefordert, sondern überfordert seien. Dennoch herrsche in der Verwaltung Einigkeit darüber, dass niemand im Stich gelassen werden solle. Der Fokus liege weiterhin auf zukünftigen Investitionen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Ziel sei es, Fördermittel zu generieren, um Projekte für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen und somit die Rahmenbedingungen für eigene und externe Investitionen in der Stadt Diepholz zu schaffen.
In den letzten Jahren seien größere Straßenbaumaßnahmen durchgeführt worden, wie beispielsweise die Hindenburgstraße, deren Kosten aufgrund allgemeiner Preissteigerungen um 800.000 Euro gestiegen seien. Es sei außerdem notwendig, alle vier Grundschulen bis 2026 fit zu machen, um dem stufenweise geltenden Rechtsanspruch gerecht zu werden. Dies erfordere einen Neubau zur Schaffung weiterer Kinderbetreuungsplätze. Ferner sei die Ausstattung der leistungsstarken Feuerwehren mit benötigten Fahrzeugen und Geräten erforderlich. Investitionen in das Stadtzentrum von Diepholz seien ebenfalls notwendig, um attraktive Rahmenbedingungen für erfolgreiches Handeln zu schaffen.
BM Marré mahnt jedoch an, dass der aktuelle Zustand im Ergebnishaushalt nicht nachhaltig sei. Er appelliert an die Anwesenden, die Verteilung der finanziellen Mittel auf Bund-, Land-, Landkreis- und Gemeindeebene kritisch zu hinterfragen und konstruktiv zu überdenken.

FDL Klumpe informiert über Änderungen und gestellte Anträge, die in die Veränderungsliste eingepflegt seien. Diese Liste sei im Verwaltungsausschuss am 04.12.2023 empfohlen worden. Die vorliegende Vorlage basiere auf der Beschlussempfehlung vom vergangenen Montag.

RH Albers bemängelt, dass der Haushalt zu viele überflüssige und zu wenig notwendige Investitionen enthalte. Die Haushaltslage sei schwierig, und die CDU/FDP Gruppe setze seiner Meinung nach falsche Prioritäten, was zu Defiziten im Ergebnishaushalt führe. RH Albers sagt, dass er sich über die Zukunftssicherung des Mühlenkampstadions und das Projekt Bethel am Bahnhof freue. Er erklärt jedoch, dass er das Co-Working Space und die Kita-Groweg für unsinnige Prestigeprojekte halte, aufgrund der ungünstigen Lage. Er betont, dass die geplanten Investitionen für die Grundschule an der Hindenburgstraße zu hoch seien und kritisiert, dass man so die Mühlenkampschule aufgeben würde. Dies sei, so RH Albers, schulpolitisch und sozialpolitisch fragwürdig. Die SPD-Fraktion stimme der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 nicht zu.

RH Scharrelmann betont, dass die Stadt Diepholz bewusst und verantwortungsvoll mit den finanziellen Mitteln umgehe, insbesondere in Zeiten, in denen Geld mit Bedacht eingesetzt werden müsse. Er pointiert die Bedeutung von zukunftsweisenden Maßnahmen für die Stadt Diepholz. Außerdem stellt er heraus, dass die Haushaltsaufstellung derzeit in vielen Kommunen eine Herausforderung darstelle. Die Stadt Diepholz hätte in den vergangenen Jahren einen Puffer aufbauen können, der es ermögliche die Stadt und ihre Ortsteile weiterzuentwickeln. RH Scharrelmann informiert weiter, dass in die Grundschule an der Hindenburgstraße investiert werde, um diese neu zu gestalten. Ebenso wolle man die Schulen St. Hülfe-Heede und Aschen für den Ganztagsbetrieb fit machen. Die Infrastruktur sei ein weiterer Fokus, weshalb man zusätzliche 120.000 Euro für die Straßenunterhaltung bereitstellen werde. Ein SPD initiiertes Anliegen bezüglich des Moorschutzes sei angenommen worden, und die Wiedervernässung der Moore werde weiter vorangetrieben. Zudem werde in der Turnhalle in Aschen eine Photovoltaikanlage im Rahmen eines

Klimaschutzprojekts installiert, die Bäder zusammengeführt und der Müntepark kontinuierlich weiterentwickelt. RH Scharrelmann hebt außerdem hervor, dass die Kernstadt im Bereich der Fußgängerzone saniert werde und das Löwen-Carré am Bahnhof städtische Investitionen in Höhe von insgesamt 3,3 Millionen Euro erfordere. In den nächsten drei Jahren seien 1,16 Millionen Euro für die Ortsteile vorgesehen, einschließlich Fördermittel in Höhe von 500.000 Euro. RH Scharrelmann betont abschließend, dass auch in Zukunft weiter in Themen wie Bildung und medizinische Versorgung investiert werden solle.

18:58 RH Muhle verlässt den Ratssaal.

RF Kuhlmann stellt heraus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der SPD-Fraktion in vielen Punkten zustimme. Sie erklärt, dass sie das Co-Working Space nicht für ein Leuchtturmprojekt halte. Des Weiteren teilt sie mit, dass sie die Streichung des Fahrradweges an der Strohte nicht gutheiße. Auch die Kosten für die Hindenburgstraße seien, ihrer Meinung nach, viel zu hoch. Sie erklärt, dass die Bündnis90/Grünen der Haushaltssatzung nicht zustimmen würden.

FDL Klumpe verlässt den Ratssaal um 18:02 Uhr.

RH Reckmann äußerte im Namen der CDU-FDP Gruppe, dass der Haushalt aus ihrer Sicht gut aufgestellt sei. Der Ergebnishaushalt für das Jahr 2024 weise jedoch ein Defizit auf. Er betont, dass in der Vergangenheit eine Kostenverschiebung auf die untere kommunale Ebene stattgefunden habe, begleitet von permanent steigenden Standards.
RH Reckmann fordert alle politisch Beteiligten auf, die Ausgaben kritisch zu hinterfragen. Den Fehlbetrag könne man, seine Meinung nach, aus der Rücklage ausgleichen. Er weist darauf hin, dass die Personalkosten steigen würden, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung. Auch die Kreisumlage erfahre eine Erhöhung. Um den Haushalt in den Griff zu bekommen, sei eine größere Haushaltsdisziplin erforderlich. Die Auflösung des strukturellen Defizits werde eine Mammutaufgabe sein. RH Reckmann erklärt, dass die CDU-FDP Gruppe dem Haushalt zustimme.

FDL Klumpe betritt den Ratssaal um 18:05 Uhr.

RH Parizsky betont, dass die Bürgerinnen und Bürger nach eigener Nachfrage, eine Sanierung der Innenstadt als nicht notwendig erachten würden. Man solle viel mehr nachdenken was möglich sei und weniger nach dem Kriterium „Hohe Fördergelder“ gehen.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 16 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 mit dem Ergebnis- und Finanzhaushalt soll in der Fassung des vorliegenden Entwurfes mit

1.	im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
1.1	der ordentlichen Erträge	auf	39.629.600,00 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen	auf	41.861.300,00 €
1.3	der außerordentlichen Erträge	auf	0,00 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen	auf	0,00 €
2.	im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
2.1	der Einzahlungen	auf	42.402.100,00 €
2.2	der Auszahlungen	auf	44.821.400,00 €

festgesetzt werden;

von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen auf

2.1.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	37.902.400,00 €
2.2.1	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	37.592.600,00 €
2.1.2	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.499.700,00 €
2.2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.958.800,00 €
2.1.3	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.000.000,00 €
2.2.3	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	270.000,00 €.

Der Finanzplan für die Jahre 2023 – 2027 wird in der Fassung des vorliegenden Entwurfs festgestellt und das Investitionsprogramm für den gleichen Zeitraum wird in der Fassung des vorliegenden Entwurfs festgesetzt

zu 10 Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans der Stadt Diepholz - Statistische Analyse und Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung
Vorlage: SV/FD3/098/2023

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 26 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme:

Der Rat der Stadt Diepholz nimmt die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans (STEP) – hier die Statistische Analyse und Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis.

zu 11 Zukünftige medizinische Versorgungsangebote - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2023
Vorlage: SV/FD1/048/2023

RH Estermann erläutert, dass es für die SPD-Fraktion wichtig sei, bestimmte Angebote wie beispielsweise eine Reha-Klinik zu integrieren. Nach eingehenden Untersuchungen sei es für die SPD-Fraktion naheliegend, ein regionales Gesundheitszentrum zu erwägen. In den ersten sechs Monaten des kommenden Jahres plane die SPD-Fraktion entsprechende Erkundungen durchzuführen. Hierfür sollen, so RH Estermann, Finanzmittel bereitgestellt werden. Der Antrag erhielte im Finanzausschuss allerdings keine Zustimmung, wobei eine hinreichende Begründung, seiner Meinung nach, fehlen würde.
RH Estermann betont den Wunsch nach mehr Aktivitäten im Jahr 2024 und erklärt, dass der Wunsch, solche Maßnahmen zu ergreifen, seit September 2022 bestehe. Der nächste Schritt solle durch einen Beschluss erfolgen, um der Diepholzer Bevölkerung einen klaren Einblick in die zukünftige Ausrichtung zu geben. Er wirbt um Zustimmung für den Antrag.
-
RH Reckmann erklärt, dass die CDU/FDP-Gruppe den Antrag der SPD-Fraktion nicht unterstützen könne. Am Ende des vergangenen Jahres habe man sich klar darauf verständigt, wie die medizinische Versorgung sichergestellt werden könne. Der Konsens sei gewesen, einen Arbeitskreis mit Vertretern und Vertreterinnen aus den Fraktionen zu bilden. Er sei der Auffassung, diesen Fahrplan einzuhalten und keine Sonderwege einzuschlagen.

Es müssten zunächst die Gegebenheiten analysiert werden. Die Ansicht, dass die Politik sich andere Modelle anschauen solle, sei zu früh und nicht zielführend. Außerdem habe die Verwaltung am 30.04.2023 einen Sachstandbericht vorgelegt, in dem die Besichtigung enthalten sei.

RF Kuhlmann erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Antrag zustimme. Die Erfahrung habe sie gelehrt, dass viele Dinge nicht passiert seien. Sie erklärt, dass sie es gut fände, gewisse Dinge festzuziehen.

RH Albers betont, dass es ihm um Kommunikation gehe, insbesondere darum, den Menschen zu erklären, was in der Stadt beabsichtigt sei. Er merkt an, dass der Landkreis viel intensiver in der Kommunikation aktiv gewesen sei und dabei Inhalte erschlossen habe. Der Anspruch bestehe darin, möglichst früh und mit größtmöglicher Klarheit darüber zu informieren, wie es in der Stadt weitergehe. Dies könne nur durch tätiges Handeln und gelungene Kommunikation erreicht werden. Die Annahme, dass sich bestimmte Dinge von selbst klären würden, sei ein Irrglauben.

RH Parizsky erklärt, dass die Linken dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen würden.

BM Marré merkt an, dass Dinge, die bereits in Gang seien, nicht erneut beschlossen werden müssten. In der nächsten Woche werde ein Treffen stattfinden, an dem ein Mitglied eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) zugeschaltet werde..

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 11 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 6.11.2024:

> Der Rat und die Verwaltung der Stadt Diepholz werden in der ersten Jahreshälfte 2024 Besuche in folgenden Einrichtungen durchführen:
>
> - Besuch eines Regionalen Versorgungszentrums
> - Besuch eines Regionalen Gesundheitszentrums

wird abgelehnt

zu 12 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Ein Bürger stört den Ablauf gestört, indem er das Wort ergreift und einen Ratsherren beleidigt. RV Malan weist den Bürger höflich darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde strukturiert abgehalten werde und Beleidigungen nicht akzeptabel seien.

Trotz mehrfacher Ermahnungen setzte der Bürger seine störenden und beleidigenden Äußerungen fort. Um die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung sowie den respektvollen Umgang im Ratssaal zu gewährleisten, wurde der Bürger von der Ratsvorsitzenden des Ratssaals verwiesen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

RV Malan verabschiedet die Gäste sowie Presse und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:39 Uhr.t

gez. Jolanta Malan	*gez. Korte*
Vorsitzende/r	Protokollführer